

Ersteinigt **Halle**
 nach dem mit dem
 von dem
 *
Abwandsmannter
 nach dem mit dem
 von dem
 *
Die neue Welt
 nach dem mit dem
 von dem
 *
 Halle a. S., 1907.
 Verlag: Sozialist. Halle.

Volksblatt

Inspektionsgebühr
 beträgt für die 6 gepaltene
 Hefen über einen Raum
 80 Pfennig.
 Für unregelmäßige Anzeigen
 20 Pfennig.
 Für rezeptionsfreie Zeit
 kostet die Seite 70 Pfennig.
 *
Informate
 Die in diesem Nummer
 müssen für die 6 gepaltene
 Hefen über einen Raum
 80 Pfennig.
 *
 Eingetragen in die
 Postzeitungsliste.

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld,
 Naumburg-Weißenfels-Beitz, Wittenberg-Schweinitz, Corgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga
 und die Mansfelder Kreise.
 Expedition: Harz 42/43. Redaktion: Harz 42/43.

Hochverrat!

Hg. Hoffmann (Sog.): Wir verlangen grundsätzlich Wahl aller Staatsdiener durch das Volk, auch des ersten Dieners des Staates.
 Präsident v. Ardenne: Herr Abgeordneter, diese Bemerkung ist Hochverrat! Ich rufe Sie zur Ordnung.
 Hg. Hoffmann: Reichlich, der Große genannt, hat doch einmal, wie ich in der Schule gelernt habe, gesagt, der erste Diener im Staate bin ich! Wie kann das also Hochverrat sein?
 Präsident v. Ardenne: Ich habe Sie zur Ordnung gerufen, weil Sie die Wahl des ersten Staatsdieners, des Königs, durch das Volk verlangt haben. Das ist Hochverrat.

die Demokratie, die freie Selbstbestimmung des Volkes als Vorbedingung des Aufstieges fordern und erkämpfen, da die herrschenden Klassen von ihren Vorrechten kein Körpfleisch freiwillig preisgeben. Gerade das Schicksal der Wahlrechtsvorlage beweist es, daß die Erweiterung der Volksrechte heute zum entscheidenden Machtkampf geworden ist.

Nur dem Freisinn ist das immer noch nicht klar. Er ist immer nur der Halbe, der Laue, der nichts ganz will. Es ist doch selbstverständlich, daß die Sozialdemokratie bei der Erringung des gleichen Wahlrechts nicht stehen bleibt. Volksherrschaft, Selbstbestimmung des Volkes auf allen Gebieten, Wahl aller Behörden durch das Volk, keine „geborenen“, „Gefetzgeber“, keine „erblichen“ Herrscher, keine Institutionen „von Gottes Gnaden“, sondern alles von Volkes Gnaden. Diese Volkssouveränität, die auch moralisch als das höchste Ziel der Menschheit angesprochen werden muß, kann aber keine bürgerliche Partei mehr vertreten, weil der Kapitalismus achtzig Prozent der Volksgesossen zu Weislosen gemacht hat. Gibt man diesen achtzig Prozent wirklich gleiche Rechte, dann ist es mit den Vorrechten des Besitzes vorbei.

Der Freisinn treibt deshalb ein „gefährliches“ Spiel, wenn er im Hinblick auf seine Wähler gleiches Wahlrecht fordert. Zum Glück findet er bei allen andern Kräfte immer wieder den rechten Weg zum Schutze der Besitzinteressen. So auch bei der Bewilligung der neuen Millionen für sein geliebtes Herrscherhaus und seine beggütterten Prinzen.

Wir andern kämpfen freilich grundsätzlich für Volksrechte und treiben diesen „Hochverrat“ lustig weiter. Wir wissen, daß das Volk das Treiben des Dreiklassenhauses, diese unsinnige neue Geldbewilligung, diese Stärkung der Macht des Königtums als Hochverrat an Volke empfindet.

Ueber diesen wirklichen Hochverrat an Volke wird das Volk der „Hochverräter“ gar bald das gebührende Volksgericht abhalten.

Der Byzantinerblock.

Ueber die Verhandlungen wird uns aus dem Dreiklassenhaufe geschrieben:

Der Willow-Block ist tot und eben hat man Dornburg verscharrt. Was aber nicht totzulegen ist, selbst mit den besten Keulenschlägen nicht, das ist das Ablebnungsbedürfnis und die gottgewollte Abhängigkeit des Freisinn. Angesichts der frischen Leiche Dornburgs und Seite an Seite mit den Nationalliberalen ist der neue Fortschritt mit fliegenden Fahnen in das Lager des Schopenhöcker übergegangen, ihn also in einen allgemeinen Byzantinerblock verwendet. Dornburg ist begraben. Meinobden lebt und breitet langsam seine Hände über die lokale Bilanz aus, die von Dendorn bis Fischbeck reicht, und in ersehender Unterwürigkeit Millionen aus den Taschen der Steuerzahler zu den Füßen des Thrones niederlegt.

Man wollte die Sache recht schnell und unauffällig und kurz machen. Die Konservativen, von denen ein erheblicher Teil nicht sehr erbaudt gewesen sein soll von der geforderten Erhöhung der Zivilliste, hatten längst alle Bedenken stiefeln lassen. Es handelte sich ja nicht um Erweiterung der Volksrechte, sondern um eine Verheißung der Feuerzähler, und da manchen sich die Zanker nicht in die Hosen der Ziefnädigkeit zu hängen. Der ungeachtet stübig Gebotstand wollte dem gestönten König die Millionenlage sogar ohne Kommissionsberatung bewilligen. Das Zentrum, das vom Byzantinismus trifft, nachdem Willow und nimmich aus Dornburg auf dem Schaphöckeraltar geopfert worden sind, nur auch dazu bereit. Aber aus Angst vor den Wählern verlangten die Nationalliberalen und Freisinnigen Kommissionsberatung. Und da mußte man ihnen wohl schon den Gefallen tun. Herr Fischbeck entzog seiner ordnungsgemäßen Manöverkraft sogar ein paar... Bedenken ist zuviel gesagt, sagen wir einmal ein paar schäbtere „Aber“. Er tung untertänigste Wünsche in bezug auf die königlichen Reiter vor, und mußte am Schluß seiner Ausführungen mit Verdrüßn melden, daß in seiner Praetion einige widerbärtige Elemente waren, die möglicherweise ein „Nein“ sammeln würden. Er deutete aber an, daß die Kommissionsberatung zur Befehung solcher Reiter führen könnte.

Die froch-Mollusken-Deputierten des Freisinnig gab unserm Präsidentschreiber, dem Genossen Wolf Hoffmann, prächtigen

Stoff zu den humorvollsten Partien seiner Rede. Aber selbstredend kamen über dieser Charakteristik des königsfrommen Fortschritts die übrigen Parteien nicht zu kurz. Unberührtlich wirkungsvoll war die Gegenüberstellung der Krone und des Systems der Anwesenheit bei wichtigen Anlässen gegenüber den Armen und Kranken. Für ein Prüfungsbeispiel zu sorgen glaube ich der unvermeidliche Junker Krächer verpflichtet; als Genosse Hoffmann ganz nebenbei den grundsätzlichen Republikanismus unserer Partei erwiderte, erklärte der Junkerpräsident das — man höre und staune — für Hochverrat und bestrafte diesen „Hochverrat“ mit einem Ordnungsgeld. In jedem anderen Parlament, die russische Duma nicht ausgenommen, würde ein solcher Präsident unter allgemeinem Beschäuder begraben werden. Bisher ist noch keiner auf die absurde Idee verfallen, politische Theorien unter den Begriff des Hochverrats zu bringen oder auf den noch formidableren Einfall, gegen solchen angeblichen Hochverrat mit Ordnungsgeldern ins Feld zu ziehen. Aber Krächer paßt in das Haus und das Haus paßt zu ihm. Die Junker jubelten ihm zu und der Freisinn fand nichts dabei. Die Zeiten, da sich ein freistündiger Abgeordneter offen im Parlament als Republikaner bekannnte, sind unwiderrindlich dahin. Wendts und Wirths gibt es nicht mehr, seit der Adler, wenn auch nur vierter Mal, in freistündigen Anzügen nicht.

Der geschäftigte Finanzminister v. Rheinbaben, den die Junker unermüdet gar zu gern als Reichstänker führen, benutzte die Gelegenheit, um die, duftende Wolken Weisheit in der Richtung nach dem Throne empfortragen zu lassen und nebenbei einen uralten Schwanz zu verpacken, den er in jeder Parlamentssession ungefähr zwei bis drei Dutzend mal bei passenden und minder passenden Gelegenheiten vorbringt, nämlich den alten Maßstab von der „sozialen Fürsorge im Land der Gottesfürst und Frömmigkeit“. Zum Schluß proklamirte Wagners, Schüler „die Politik der Sammlung auf alle Kräfte des Grundes“. Der Freisinn wurde eingeladen, sich am Byzantinerblock zu beteiligen. Man sah ordentlich Wagners Augen freudig glänzen.

Eine Erweiterung auf Rheinbabens Rede wurde unserer Praetion durch einen Wandbrief des Königs unmöglich gemacht, der die Wortmeldung Ströbels einfach ignorierte und herabhand die Debatte für geschlossen erklärte. Im übrigen verdient die parlamentarische Hofschuppe des beförderungsstüfigen Finanzministers wirklich kaum der Erwiderung. — Die Vorlage wanderte dann an die Bundskommission, wo man sich anstandslos überlassen ließ, ein paar Stunden darüber unterhalten zu werden. Das Haus verteilte sich nach einige Stunden in die Schönheiten, die meist freilich nur von totalem Reize sind, der Sekundärbahnvorlage, und verlor sich dann auf Mittelweg. Allerlei Anträge und Petitionen liegen als Beratungsstoff vor.

Eintritt und fest.

Das deutsche Bürgerium wird bekanntlich in allen seinen politischen Schattierungen bis zum „rabulösen“ Freisinn herab der Bewilligung von neuen Mitteln für Wilhelm II. antizipieren. 1898 war die lokale Interimantengewinnung im Bürgerium auf einige Monate beendet, wie die Genesigung lebt. Demals legte ein Augblick durchs Land, in dem es u. a. hieß:

Wir haben uns die ägerliche Mühe genommen, nach einem genealogischen Kalender die Zahl der fürstlichen Mühsiggänger beiderlei Geschlechts aufzuzählen, die das deutsche Volk füttert und anbietet, um sich von ihnen mit hohen, höchsten und allerhöchsten Fürstinnen begnadigen zu lassen. Das sagt unserer Achtung, welche die männlichen und weiblichen Mitglieder der regierenden Häuser umfaßt, ist: 808 männliche und 241 weibliche Fürstinnenposten. Also 449 Mühsiggänger, deren Zahl täglich wächst, unterhalb unser Volk zu seinem Nationalvergnügen. Dazu kommen noch 1300 medialistische (abhängige Zweifeln) und gräßliche Säuler. Zu dieser nationalen Fürstinnenfütterung ist jährlich eine Summe von 70 Millionen Talern nötig. Von dieser Summe könnten 350 000 Arbeiterfamilien auskömmlich leben. Allein Preußen könnte jährlich 40 Millionen Taler sparen und zur Erhaltung der notleidenden Weber verwenden wenn es sich von seinen fürstlichen Mühsiggängern und Quälern befreite. Die Bezahlung des freien America erfordert nicht den zwanzigsten Teil als nos Preußen kostet. Der Präsident erhält kaum so viel Gehalt wie der preussische König für eine Vergnügungsreise oder für eine Parade ansieht, und dabei gibt es dort keine Grundsteuer, keine Abgabe, keinen Zoll auf Lebensmittel. Die Staatsgelder werden durch vernünftige Vermögens- und Einkommensteuer aufgebracht, so daß der Befehlende alles, der arme nichts bezahlt. Bei uns dagegen hat jeder „Allertan“ durchschmittliches zwei Zwer fürstliche Mühsiggänger und Waiselchen zu zahlen. Das war das Bürgerium vor eintritt, das auf seine Nachfahren auch nicht einen Hauch revolutionären Geistes vererbt hat. Die Bourgeoisie von heute schreit nur Peter und Morbio, wenn Arbeiter um armstellige Feinnie ihren Hungerlosen erheben wollen, Königen bewilligt sie mit ergebenen Widlingen Millionen von Mark.

Uns kann es dreimal recht sein, denn auch wir haben nicht schlecht dabei. Dem König keine Lohnerhöhung und uns — das wird man ja bei den nächsten Reichstagswahlen sehen!

Behäfter Beifall auf allen Vänten! Das war die bezeichnendste Szene im preussischen Dreiklassenhaufe, wo gestern die erste Lesung der Regierungsvorlage auf Erhöhung der Zivilliste Wilhelms II. von 15 1/2 auf über 19 Millionen Mark vor sich ging.

Hochverrat! Volksrechte, Selbstbestimmung des Volkes sind Hochverrat! In Preußen werden die Herrscher geboren, werden sie „von Gott verordnet“. Das Volk hat nur das Recht, sie sich gefallen zu lassen und für die Kosten ihrer pomphaften Hofhaltung zu barben.

Sämtliche bürgerliche Parteien, auch die „Fortschritler“, stimmen gestern grundsätzlich der Vorlage zu. Alle „nationalen“ Parteien einten sich so zum großen Byzantinerblock, in dem sich Junker und Pfaff, Agrarier und Börsejobber brüderlich umarmen. Vor dem Hofe ratzchen alle bürgerlichen Politiker auf dem Banke. Die Krone stellt Markt dar, hat Auszeichnungen, Verlohnungen, Aemter und Orden zu vergeben, da darf kein strebsamer Mann veräumen, sich durch Bewilligung von erprechten Steuergroschen lieb Kind zu machen. Die Hofgenossenschaft Wohnungslage von 1/2 Millionen Mark wird also einstimmig bewilligt werden, nur die Sozialdemokratie setzt der Geldberücksichtigung im Namen des Volkes ein Nein! entgegen.

Es wäre freilich recht oberflächlich gesehen, wenn man die einmütige Bewilligung der Zulage an die Krone nur mit der „Strebsamkeit“ der bürgerlichen Politiker erklären wollte. Nein, nein, die Ursachen liegen tiefer. Galten wir sie durch folgenden Gedankengang fest:

Die bestehenden Klassen können ihren Besitz, ihr arbeitsloses Einkommen und ihren Reichtum nur aufrecht erhalten, wenn Millionen be schlöfse Arbeiter für sie arbeiten. Diese arbeitenden Massen lassen sich aber um den wirklichen und vollen Lohn nur dauernd pressen, wenn eine starke Staatsgewalt den Arbeitern die wirtschaftliche Gleichberechtigung verweigert, ihre Kämpfe und Revolutionen mit Gewalt niederhält. Diese Staatsgewalt repräsentiert die Krone, die außerdem über den höchsten Machtfaktor, das Militär, gebietet. Es gilt also, die Krone als Machtmittel glänzend auszustatten, sie bei guter Gerechtigkeit und Raune zu erhalten, weil alle bürgerlichen Parteien kapitalistische Parteien sind. Die Junker müssen ihren Großgrundbesitz mit seiner Macht schützen, der Freisinn muß die Nebenunterrechten der Großindustrie und der Börse protegen, deshalb sind finden sich die beiden Kampane, die sich sonst „bis auf Leben und Tod bekämpfen“, im Byzantinerblock einträchtig zusammen. Nur keinen „Hochverrat“!

Diesen vereinigten Machtinteressen steht die Sozialdemokratie die Lebensinteressen des beschlößten und schaffenden Volkes gegenüber. Wir sind nicht aus Raune oder einem himmelblauen Idealismus Republikaner und „Hochverräter“, sondern aus sozialen und kulturellen Interessen. Die Massen können nicht zur Freiheit gelangen, wenn sie nicht selbst ihr Schicksal schreiben dürfen. Wir müssen

Der Byzantinerblock verschleudert die Gelder des Volkes!

Preussisches Dreiklassenhaus.

80. Sitzung. Dienstag, den 7. Juni, nachmittags 1 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht zunächst der Gesetzentwurf über die Erhöhung der Kronrenten.

(Erhöhung der Billiſſte und Zuschuß zu den Königl. Theatern.)

Hg. v. Seeböckner (Ant.): Meine politischen Freunde werden ausnahmslos für die Vorlage stimmen. Wir sehen aus der Begründung, daß die Forderung in Anbetracht der Verhältnisse wohl begründet ist und halten auch eine Kommissionsberatung für überflüssig. (Beifall.)

Hg. v. Bismarck (natl.): Für uns handelt es sich lediglich darum, zu prüfen ob das Bedürfnis für eine Erhöhung der Kronrenten vorliegt oder nicht. Wir glauben, diese Frage bejahen zu müssen. Daß die Lebensverhältnisse überhaupt leuter geworden sind, hat das Haus selbst durch die Erhöhung der Beamtengehälter anerkannt. Auch daß die Königl. Theater höchstenhöher Aufwendungen erfahren als früher, ist nicht von der Hand zu weisen. Die Höhe der geforderten Summe scheint uns ausserordentlich betrübend zu sein, im aber diesen Zweifel darüber auszuwählen, ob die Erhöhung notwendig ist, beantragen wir die Überweisung der Vorlage an die Budgetkommission. (Beifall.)

Hg. v. Bismarck (Natl.): Die Beratung der Vorlage im Sinne meiner Freunde hat ergeben, daß es sich um annehmen, daß gewisse Momente dafür sprechen, daß in eine Erhöhung der Kronrenten einzutreten wird. Ob die Vorläufigkeit im einzelnen das Richtige treffen, kann noch Zweifel begegnen, daß die Erhöhung der Subvention für die Königl. Theater anzutrifft, so meinen wir, daß das Parlament eine gewisse Kontrolle auch über den Betrieb der Königl. Theater gewinnen wird. Wir glauben, daß es durchaus notwendig ist, diese Königl. Theater mehr, als es vielleicht in den letzten Jahren der Fall gewesen ist, dem Volke zur Verfügung zu stellen und möglichst gute Vorstellungen zu billigen Preisen zu veranstalten, daß, wenn das Parlament bei der Geldbewilligung mitzureden hat, sich auch das Parlament bei diesen werden, die Wünsche zum Ausdruck zu bringen. Mit dem Vorbezug halte ich eine Kommissionsberatung für notwendig. Einige meiner politischen Freunde haben sich heute noch nicht geäußert, können, daß das vorliegende Material eine Veranlassung der Besorgnis anregt, wie wir uns überhaupt unter Geltungnahme beschalten. (Beifall.)

Hg. Dietrich (Natl.): Meine Freunde sind bereit, die Vorlage zu bewilligen, und wir sind sogar der Meinung, daß bei der Arbeit der Sachlage eine Kommissionsberatung nicht notwendig sein wird. Wir werden uns aber dem Vortrage der Nationalliberalen nicht widersetzen. (Beifall.)

Hg. Frhr. v. Hellwig (Natl.): Meine Freunde halten die geforderte Erhöhung für notwendig und dringend, und werden bereit, für die Vorlage zu stimmen. Wir wollen aber auch eine Kommissionsberatung nicht widerstreben in der Hoffnung, daß dadurch eine größere Einigkeit unter den bürgerlichen Parteien erreicht wird. (Beifall.)

Hg. Hoffmann (Soz.):

Sie werden es wohl begreifen finden, wenn ich in das allgemeine Harmonieninteresse, das mir eben gar sehr haben, nicht weniger als in dem Interesse, das heute ein so gut beleuchtetes Haus vorzuliegen und hoffe, das wohl künftig bei den Debatten über die Vorlage zu berücksichtigen den Fall sein wird. (Beifall.) Die Vorlage und die Begründung ist kurz, aber inhaltreich. (Beifall.) Zu den letzten 15 bis 200000 Mk. sollen 3 1/2 Millionen hinzukommen.

Die Billiſſte 19 219 296 Mk. betragen wird. Interessant ist vor allem die Art der Einbringung der Vorlage. Die vertraulichen Besprechungen haben im Volke die größte Zustimmung erweckt.

Selbst die Volk hat zu der Vorlage geschrieben, daß die Vorhebung einer beträchtlichen Erhöhung der Billiſſte im gegenwärtigen Augenblick vom politischen Standpunkte aus nicht weniger als unpatriotisch erscheint, unterliegt keinem Zweifel. Das parlamentarische Vertrauen, das die Regierung dem Volke, wie sich die Sozialdemokratie nach Möglichkeit angelegen sein lassen — wir waren ja Narren, wenn wir es nicht lägen —. Das ist im Hinblick auf die bevorstehenden Reichstagswahlen am meisten schädlich. Es wäre aber im Interesse der Krone selbst sicher sehr viel besser, wenn zuerst von einer Erhöhung der Billiſſte die Rede gekommen wäre. Zum Schluß ist es, daß die in den Beratungen der Vertrauensmänner oder Fraktionen von der Regierung beigebrachten Daten keinen Zweifel darüber gelassen hätten, daß die Erhöhung dringender notwendig sei. Wenn hier von beigebrachten Daten die Rede ist, so sind solche in der Vorlage nicht zu finden. Wenn sie lediglich im vertraulichen Briefe bekannt gemacht worden sind, so ist das ein Verstoß, das mit der Verfassung in Widerspruch steht. (Beifall.) Ich glaube, daß die Nationalliberalen zu ihrem Vortrage auf Kommissionsberatung nicht in letzter Linie durch die in Aussicht stehenden Reichstagswahlen veranlaßt wurden. (Beifall.)

Wir können alle Eigenschaften gleich zu behandeln. Wir mögen ihnen unbenommen sein, aber wir haben die gleichen Rechte zu beanspruchen. Und deshalb müssen wir uns entschließen gegen solche vertraulichen Besprechungen zu verhalten. Die Regierung hat vor dem ganzen Hause über die in der Kommissionsberatung dem Reichstages der Vorlage zu erbringen. (Beifall.)

Wir mögen ihnen unbenommen sein, aber wir haben die gleichen Rechte zu beanspruchen. Und deshalb müssen wir uns entschließen gegen solche vertraulichen Besprechungen zu verhalten. Die Regierung hat vor dem ganzen Hause über die in der Kommissionsberatung dem Reichstages der Vorlage zu erbringen. (Beifall.)

Wir mögen ihnen unbenommen sein, aber wir haben die gleichen Rechte zu beanspruchen. Und deshalb müssen wir uns entschließen gegen solche vertraulichen Besprechungen zu verhalten. Die Regierung hat vor dem ganzen Hause über die in der Kommissionsberatung dem Reichstages der Vorlage zu erbringen. (Beifall.)

Wir mögen ihnen unbenommen sein, aber wir haben die gleichen Rechte zu beanspruchen. Und deshalb müssen wir uns entschließen gegen solche vertraulichen Besprechungen zu verhalten. Die Regierung hat vor dem ganzen Hause über die in der Kommissionsberatung dem Reichstages der Vorlage zu erbringen. (Beifall.)

eine solche Erhöhung beantragt, stimmten noch 9 Freisinnige dagegen; diesmal wird sich wohl die Zahl auf 2 vermindern. (Beifall.) Auf einen Hofe ist ebenfalls bis jetzt noch. (Beifall.)

Schon vor zwei Jahren war davon die Rede, die Billiſſte eine Million zu erhöhen. Aber es kam nicht zu der Vorlage; die einen behaupten, weil die Abfahrt zu früh aus Tageslicht gekommen war, die anderen, weil einige Sozialdemokraten in diesem Sinne eingeworfen waren. Damals vermied die Billiſſte die Abfahrt überhaupt. Der Herr v. Bismarck hat mit 1 1/2 Millionen ausgenommen, sein Entschloß beziehe über eine Viertelmillion. Sie schrieb: „Wenn unsere Vorkommnisse weniger prompt und löblich wäre, so wäre das kein Schade, schon wegen des tonangebenden Beispiels. Die vollständige vollständige Sommerreise auf Korfu sprach am bestenheit und der Schlichtheit der Reisen des alten Kaisers und der Abfahrt, daß die Abreise des Herrschers vom Tische der Politik für politisch Unmögliches hat.“ So hielt es damals in den Streifen desentrums. Heute will das Zentrum sogar ohne Kommissionsberatung der Erhöhung zustimmen. Man hat sich an der Regierungseröffnung,

und da muß man sich lieblich und in machen, damit man nicht wieder gegangen wird. Zum mindesten hätte doch die Volkspartei diesmal verlangen müssen, ob sie sich überhaupt auf die Verhandlungen über die Vorlage einließ, daß das Versprechen der Kronrente über die Fortentwicklung des Wahrscheinlich eingetruhen wurde. (Beifall.)

Wir keine Rechte hat, muß auch die Billiſſte ablehnen. Wir sind der Ansicht, daß die selbigen Reine der Krone nicht nur nicht zu niedrig, sondern viel zu hoch sind. Selbst in streng monarchischen Streifen ist man der Ansicht, daß die Krone die Sparanfänge, die sie den Offizieren empfiehlt, selbst nicht abgeben möchte. (Beifall.)

Hg. v. Bismarck (Natl.): Ich nehme an, daß Sie unter „Krone“ die Bekleidung und die Beamten meinen, sonst würde ich Sie bitten müssen, die Person des Königs nicht in die Debatte zu ziehen. **Hg. Hoffmann (Soz.)** fortzufahren: Auf dem zweiten nationalen Arbeitertag hat Herr v. Bismarck gesagt, den Arbeitern der Beamtenhöfen, die Beamtenhöfen, die Beamtenhöfen und aufzufahren heißt empfohlen. Das letzte sollte er doch auch einmal noch oben empfehlen. (Beifall.)

Hg. v. Bismarck (Natl.): Ich nehme an, daß Sie unter „Krone“ die Bekleidung und die Beamten meinen, sonst würde ich Sie bitten müssen, die Person des Königs nicht in die Debatte zu ziehen. **Hg. Hoffmann (Soz.)** fortzufahren: Auf dem zweiten nationalen Arbeitertag hat Herr v. Bismarck gesagt, den Arbeitern der Beamtenhöfen, die Beamtenhöfen, die Beamtenhöfen und aufzufahren heißt empfohlen. Das letzte sollte er doch auch einmal noch oben empfehlen. (Beifall.)

Hg. Hoffmann (Soz.): Friedrich, der Große genannt, sagte einmal, der erste Diener des Staates bin ich. Daß das Souverän ist, habe ich nie angenommen, denn man hat mich das in der Schule gelehrt. (Beifall.)

Hg. Hoffmann (Soz.): Friedrich, der Große genannt, sagte einmal, der erste Diener des Staates bin ich. Daß das Souverän ist, habe ich nie angenommen, denn man hat mich das in der Schule gelehrt. (Beifall.)

Hg. Hoffmann (Soz.): Friedrich, der Große genannt, sagte einmal, der erste Diener des Staates bin ich. Daß das Souverän ist, habe ich nie angenommen, denn man hat mich das in der Schule gelehrt. (Beifall.)

Hg. Hoffmann (Soz.): Friedrich, der Große genannt, sagte einmal, der erste Diener des Staates bin ich. Daß das Souverän ist, habe ich nie angenommen, denn man hat mich das in der Schule gelehrt. (Beifall.)

Hg. Hoffmann (Soz.): Friedrich, der Große genannt, sagte einmal, der erste Diener des Staates bin ich. Daß das Souverän ist, habe ich nie angenommen, denn man hat mich das in der Schule gelehrt. (Beifall.)

nicht nur bis 1880 zurückgehen, sondern gleich bis zur Zeit der alten Germanen, um Grund und Boden, Acker und Jagd dem Volke gemeinsam gebühren.

Mit diesem Prinzip haben wir direkt in den von Ihnen so gelüfteten sozialistischen „Zukunftskreis“ hinein. — In der Begründung wird noch weiter auf die Steigerung der Bäume, Baumaterialien usw. hingewiesen. Wir haben ja diese Steigerung als Folge der verkehrten Volkspolitik vorausgesetzt, und es gibt keinen parlamentarischen Ausdruck, der nicht genug wäre, um das Verhalten der Regierung zu kennzeichnen, die die Folgen ihrer verkehrten Volk- und Steuerpolitik jetzt als Begründung für die Erhöhung der Billiſſte anführt. Ganz abgesehen davon, daß die Krone ja als Privateigentum 150 000 Morgen Wald, 90 Rittergüter usw. besitzt und durch diese Holzgewinnung eine Steigerung des Ertrages dieser Besitztümer von etwa 8 Millionen erfahren hat. (Beifall.)

Herr v. Bismarck (Natl.): Ich nehme an, daß Sie unter „Krone“ die Bekleidung und die Beamten meinen, sonst würde ich Sie bitten müssen, die Person des Königs nicht in die Debatte zu ziehen. **Hg. Hoffmann (Soz.)** fortzufahren: Auf dem zweiten nationalen Arbeitertag hat Herr v. Bismarck gesagt, den Arbeitern der Beamtenhöfen, die Beamtenhöfen, die Beamtenhöfen und aufzufahren heißt empfohlen. Das letzte sollte er doch auch einmal noch oben empfehlen. (Beifall.)

Hg. Hoffmann (Soz.): Friedrich, der Große genannt, sagte einmal, der erste Diener des Staates bin ich. Daß das Souverän ist, habe ich nie angenommen, denn man hat mich das in der Schule gelehrt. (Beifall.)

Hg. Hoffmann (Soz.): Friedrich, der Große genannt, sagte einmal, der erste Diener des Staates bin ich. Daß das Souverän ist, habe ich nie angenommen, denn man hat mich das in der Schule gelehrt. (Beifall.)

Hg. Hoffmann (Soz.): Friedrich, der Große genannt, sagte einmal, der erste Diener des Staates bin ich. Daß das Souverän ist, habe ich nie angenommen, denn man hat mich das in der Schule gelehrt. (Beifall.)

Hg. Hoffmann (Soz.): Friedrich, der Große genannt, sagte einmal, der erste Diener des Staates bin ich. Daß das Souverän ist, habe ich nie angenommen, denn man hat mich das in der Schule gelehrt. (Beifall.)

Hg. Hoffmann (Soz.): Friedrich, der Große genannt, sagte einmal, der erste Diener des Staates bin ich. Daß das Souverän ist, habe ich nie angenommen, denn man hat mich das in der Schule gelehrt. (Beifall.)

Hg. Hoffmann (Soz.): Friedrich, der Große genannt, sagte einmal, der erste Diener des Staates bin ich. Daß das Souverän ist, habe ich nie angenommen, denn man hat mich das in der Schule gelehrt. (Beifall.)

Hg. Hoffmann (Soz.): Friedrich, der Große genannt, sagte einmal, der erste Diener des Staates bin ich. Daß das Souverän ist, habe ich nie angenommen, denn man hat mich das in der Schule gelehrt. (Beifall.)

Hg. Hoffmann (Soz.): Friedrich, der Große genannt, sagte einmal, der erste Diener des Staates bin ich. Daß das Souverän ist, habe ich nie angenommen, denn man hat mich das in der Schule gelehrt. (Beifall.)

Hg. Hoffmann (Soz.): Friedrich, der Große genannt, sagte einmal, der erste Diener des Staates bin ich. Daß das Souverän ist, habe ich nie angenommen, denn man hat mich das in der Schule gelehrt. (Beifall.)

Hg. Hoffmann (Soz.): Friedrich, der Große genannt, sagte einmal, der erste Diener des Staates bin ich. Daß das Souverän ist, habe ich nie angenommen, denn man hat mich das in der Schule gelehrt. (Beifall.)

Hg. Hoffmann (Soz.): Friedrich, der Große genannt, sagte einmal, der erste Diener des Staates bin ich. Daß das Souverän ist, habe ich nie angenommen, denn man hat mich das in der Schule gelehrt. (Beifall.)

